Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4889

13. 06. 96

Entschließungsantrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/4618 –

Aktivitäten und Ziele der Bundesregierung in der Auswärtigen Kulturpolitik; Nutzung der Potentiale für Demokratisierung und friedliche Konfliktbewältigung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die 2. Weltkonferenz der Tibet-Unterstützungsgruppen, die vom 14. bis 17. Juni 1996 in Bonn stattfindet, wie zugesagt, zu unterstützen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren Einfluß gegenüber der chinesischen Regierung dahin gehend geltend zu machen, daß die tibetische Kultur, Tradition und Lebensweise des tibetischen Volkes geschützt, gepflegt und gewahrt werden kann.

Der Deutsche Bundestag verurteilt in diesem Zusammenhang die anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte in Tibet durch die chinesische Regierung und ihre Behörden.

Bonn, den 13. Juni 1996

Rudolf Scharping und Fraktion
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages haben am 23. April 1996 einen gemeinsamen Antrag zur Menschenrechtssituation in Tibet eingebracht, in dem die Bundesregierung u. a. aufgefordert wird, sich für eine Beendigung der Menschenrechtsverletzungen gegen Tibeter einzusetzen und die Bemühungen des Dalai Lama und der tibetischen Exilregierung um einen konstruktiven Dialog

mit der chinesischen Regierung über mehr Rechte für das tibetische Volk zu unterstützen.

Diesem Ziel dient auch die von der Friedrich-Naumann-Stiftung organisierte 2. Weltkonferenz zu Tibet. Dennoch hat die Bundesregierung der seit Monaten geplanten Konferenz die beantragten Mittel nicht bewilligt. Ebenfalls seit Monaten hat sich der Bundesminister des Auswärtigen um einen Reisetermin nach China bemüht, der jetzt, kurz nach der negativen Entscheidung der Bundesregierung über die Mitfinanzierung dieser Konferenz, gewährt wurde. Dem so entstandenen Eindruck einer Instrumentalisierung des Bundesministers des Auswärtigen durch die chinesische Regierung muß entgegengewirkt werden. Dies ist auch deshalb notwendig, weil gleichzeitig eine geplante Tibet-Reise des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses, aus dem der im April eingebrachte Antrag stammt, von der chinesischen Regierung abgelehnt wurde.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333